



Jugendsession 2017

9. – 12. November 2017

> Dossier

Einkommens- und Vermögensungleichheit

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Einführung in das Thema	4
2.1	Einkommen und Vermögen	4
2.2	Welche Rolle nimmt der Staat bei Einkommen und Vermögen ein?.....	5
2.3	Was ist problematisch an der Einkommensverteilung und Vermögen?	5
2.4	Ungleichheit und Armut.....	5
2.5	Wie kann man sich einen Überblick über die aktuelle Situation verschaffen?7	
3	Heutige Situation und aktuelle Zahlen	9
4	Lohnungleichheit bei Mann und Frau	14
5	Politische Vorstösse	16
6	Positionen	17
6.1	Avenir Suisse.....	17
6.2	Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)	18
7	Fazit	19
8	Weitere Informationen	19
9	Quellen	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Beispiel für eine Lorenzkurve. (Quelle: Wikipedia)	8
Abbildung 2:	Anteile Reinvermögen nach Gruppen von Steuerpflichtigen (ESTV, 2012)	9
Abbildung 3:	Entwicklung des Quintilverhältnisses (BFS, 2016)	10
Abbildung 4:	Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Personen in Erwerbshaushalten (BFS, 2014) Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.....	11
Abbildung 5:	Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung (BFS, 2014) Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.....	11
Abbildung 6:	Gini coefficient on disposable income inequality in 2014 (or latest year), 2010 and 2007, total population (OECD 2016)	13
Abbildung 7:	Verhältnis S80/S20 des verfügbaren Äquivalenzeinkommens (2014) (BFS, 2016).....	13
Abbildung 8:	Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern (2006-2014) (BFS, 2016)	14

1 Einleitung

Aus einem Land, welches vorwiegend landwirtschaftlich geprägt und SöldnerInnen in andere Staaten entsendet hat, entwickelte sich die Schweiz in einen modernen Bundesstaat, welcher sich im Europa des 20. Jahrhunderts behaupten konnte. Dank der politischen Stabilität und der Neutralität in den beiden Weltkriegen erlebte die Schweiz einen enormen Aufschwung. Dies führte zu einem hohen Lebensstandard und hat das Land wohlhabend gemacht. Heute sind Industrie, Gewerbe, Tourismus und Bauwirtschaft Sektoren, welche die Schweiz ökonomisch ausmachen. Dank gut ausgebildeten Arbeitskräften und dem Handel mit dem Ausland ist die Schweiz heute ein Erfolgsmodell. Dieser Wohlstand kommt der ganzen Schweizer Bevölkerung zugute. Zum Beispiel in Form von der gesteigerten Kaufkraft oder der gut ausgebauten Infrastruktur. Zudem ist es in der Vergangenheit auch dank Umverteilung gelungen, die Situation stabil zu halten.

Doch kritische Stimmen bemängeln, dass noch nicht alle in gleicher Masse vom Reichtum profitieren. Die Einkommensschere (Unterschied zwischen hohen und tiefen Löhnen) habe sich seit Mitte der 90er-Jahre zunehmend geöffnet und die Vermögenskonzentration weiter zugenommen.

Dieses Dossier führt in die Begriffe ein, beleuchtet die Situation der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz und zeigt auf, wie das Thema in der Politik diskutiert wird.

2 Einführung in das Thema

Einkommen und Vermögen sind nicht dasselbe. Daher ist es wichtig, die Relationen der beiden Begriffen gut zu kennen, um sich anschliessend ein Bild über die Verteilung sowie über die politischen Forderungen machen zu können.

2.1 Einkommen und Vermögen

Unter **Einkommen** versteht man die einer Person aus Arbeit oder Vermögen zufließenden Güter, die meistens durch Geld erfolgen. Das bekannteste Beispiel ist wohl der Lohn bei einem Arbeitsverhältnis. Auch Zinsen und Dividenden führen zu Einkommen (vgl. Wirtschaftslexikon, 2017). Diese Form von Einkommen wird **Primäreinkommen** genannt. Durch Umverteilungsmassnahmen des Staates (beispielsweise durch die Einkommenssteuer oder AHV-Beiträge) wird dieses Primäreinkommen umverteilt und wird nach der Umverteilung **Sekundäreinkommen** genannt. Ein weiterer Begriff ist das **Bruttoeinkommen**. Darunter versteht man alle Einkommen eines Haushaltes (egal ob vier- oder einköpfig). Um die Einkommen von Personen besser vergleichen zu können, rechnet man mit dem sogenannten **Äquivalenzeinkommen**, das Pendant zum Primäreinkommen. Das Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom Haushaltseinkommen berechnet, d.h. es kommt darauf an, ob es sich um einen Einpersonenhaushalt handelt oder ob es ein Dreipersonenhaushalt mit oder ohne Kinder ist. Denn es gibt Ausgaben, die sind unabhängig von der Haushaltsgrösse immer gleich gross (beispielsweise Ausgaben für Wohnraum oder Geräte) oder nicht in einem proportionalen Verhältnis sind. Eine vierköpfige Familie muss also nicht viermal so viel Geld ausgeben wie eine Einzelperson, um denselben Lebensstandard zu erreichen (vgl. Bericht Bundesrat 2014: 87f.). Das **verfügbare Äquivalenzeinkommen** wird berechnet, indem vom Bruttoeinkommen des gesamten Haushalts die obligatorischen Transferausgaben (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Prämien für die Krankenkassengrundversicherung und regelmässige Transferzahlungen an andere Haushalte wie z.B. Alimente) abgezogen werden und der Restbetrag durch die Äquivalenzgrösse des Haushalts geteilt wird. Diese Analysen erfolgen somit auf der Personenebene und nicht auf der Haushaltsebene. Das verfügbare Einkommen ist das Pendant zum obigen Sekundäreinkommen (BFS, 2017).

Das Einkommen kann man für den täglichen Bedarf verwenden oder sparen. Der nicht-konsumierte Teil des Einkommens, das Ersparte, stellt dann ein Teil des Vermögens dar. Was man mit dem Ersparten macht, kann eine wichtige Rolle für die Vermögensentwicklung spielen. Der Begriff **Vermögen** meint alle Güter oder auch Ansprüche auf Güter, die ein Mensch besitzt. Das sind beispielsweise Guthaben auf der Bank oder Bargeld in einem Tresor, Wertschriften wie Aktien oder Obligationen, Häuser, Autos und Motorräder, Schmuck oder andere Wertgegenstände, Gemälde, Edelmetalle (z.B. Gold), Ansprüche aus Lebensversicherungen oder Darlehen an andere. Behält man das Geld zuhause in einem Tresor oder auf einem schlecht verzinsten Konto bei der Bank, verliert es mit der Zeit an Wert (Teuerung / Inflation). Kauft man davon Edelsteine oder investiert es in Unternehmen oder an der Börse, kann sich das Vermögen vergrössern. Eine weitere Möglichkeit an Vermögen zu kommen, ist eine Erbschaft. Jemand vermacht einer Person sein Vermögen, ohne dass die Person etwas dafür gegenleisten muss. Das Gegenteil von Vermögen sind Schulden, das heisst, die Ansprüche von anderen (vgl. Juraforum).

2.2 Welche Rolle nimmt der Staat bei Einkommen und Vermögen ein?

Ein Rechtsstaat zeichnet sich im Allgemeinen dadurch aus, dass er neben demokratischen Verfahrensregeln auch das Privateigentum rechtlich schützt. Niemand darf sich einfach so dem Eigentum anderer bedienen. Zudem muss der Staat seine Aktivitäten finanzieren und hat Interesse daran, dass es seinen BürgerInnen wirtschaftlich gut geht. Er mischt sich deshalb auch aus eigenen Interessen in die Verteilung von Einkommen und Vermögen ein, indem er Steuern und Abgaben erhebt. So nimmt der Staat beispielsweise einen Teil des primären Einkommens weg und verteilt es an die Menschen in der Bevölkerung um, beispielsweise wenn jemand in Not geraten ist. Nach diesem Sozialtransfer spricht man vom sekundären Einkommen bzw. das am Ende nach Abzug verbleibende verfügbare Einkommen (vgl. SKOS 2007: 3). Einkommensgleichheit ist nicht ein politisches Ziel des Sozialstaates. Das sozialstaatliche Angebot erlaubt jedoch bzw. fordert eine Fülle von sozialstaatlichen Korrekturen (vgl. Schupp 2010: 11). Dies wird beispielsweise durch Umverteilungen durch die Sozialversicherungen vorgenommen oder durch andere Entlastungen wie Stipendien oder Prämienvorbilligungen (vgl. Bericht Bundesrat 2014: 89).

Die Steuerhöhe richtet sich nach der Höhe des Einkommens. Man spricht hierbei von einer progressiven Steuer, was heisst, dass der Steuersatz jeweils in Abhängigkeit von der Höhe des besteuerten Einkommens und Vermögens steigt. Kurz: wer mehr verdient, zahlt höhere Steuern (Vimentis, 2017a). Der Staat spielt seit den letzten 50 Jahren eine stärkere Rolle bei der Absicherung von sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Alter, Invalidität usw. Anstelle der ausschliesslich eigenverantwortlichen Absicherung in der Familie sind staatliche Sozialwerke wie die AHV, Invalidenversicherung oder Arbeitslosenversicherung getreten. Ausserdem berücksichtigt der Staat, wenn BürgerInnen selber Massnahmen zur Altersvorsorge treffen (wie zum Beispiel die dritte Säule), indem er diese durch steuerliche Abzüge begünstigt (vgl. Comparis 2017).

2.3 Was ist problematisch an der Einkommensverteilung und Vermögen?

Die Antwort hängt mit der Abwägung zusammen, dass jede/r die Möglichkeit hat darüber zu entscheiden, was nach ihrem/seinen Ableben mit dem Vermögen passiert, andererseits mit dem Ideal der Gesellschaft, Chancengleichheit zu bieten. Vermögen und Einkommen sind ungleich verteilt. Die Ungleichheit übt einen wesentlichen Einfluss auf die Handlungsspielräume der Menschen und entsteht nicht einfach ganz zufällig bzw. eigenverantwortet. Deshalb kommt es immer wieder zu politischen Diskussionen, welche Form oder welches Ausmass an Ungleichheit in Zusammenhang mit Vermögen akzeptabel ist und was dagegen getan werden kann (vgl. Frankfurter Allgemeine 2016).

2.4 Ungleichheit und Armut

Der Begriff Ungleichheit bezieht sich in sozialen und politischen Wissenschaften auf die unterschiedliche Verteilung von Gütern und Ressourcen. Dabei gibt es drei eng verbundene Ebenen an Ungleichheiten:

- a.) Sozio-ökonomische Ungleichheit, welche die Armut, Wohlfahrt, Sozialstrukturen umfasst.

- b.) Politische Ungleichheit, die die Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit umfasst
- c.) Kulturelle Ungleichheit, welche multikulturelle Anliegen einschließt

Diese drei Ebenen sind voneinander abhängig und beeinflussen einander gegenseitig (vgl. socialinfo.ch).

Die Rechtmässigkeit von sozialer Ungleichheit wird kontrovers diskutiert. Statusvererbungen und Diskriminierungen werden kritisch betrachtet, hingegen Ungleichheiten als Ergebnis unterschiedlicher Leistungen und des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf den Märkten (beispielsweise Arbeitsmarkt) werden in der Regel allgemein akzeptiert. In vielen Ländern ist in den letzten Jahren trotz eines langfristigen Wirtschaftswachstums ein Anstieg des Einflusses der sozialen Herkunft aufgefallen. Der sogenannte Fahrstuhleffekt gerät in Gefahr, da die Bevölkerung nicht mehr «höher fahren» und mehr Wohlstand erreichen kann. Auch durch die Reorganisation der Wirtschaft als Antwort auf den globalen Wettbewerb, technologische Weiterentwicklungen und veränderte Erwerbspräferenzen führen zu Veränderungen in der Arbeitswelt und der Einkommensverteilung.

Schaut man auf die Legitimität von Ungleichheit, stösst man auf Teilziele im sogenannten Viereck der sozialen Gerechtigkeit.

Die **Chancen(gleichheit)** eines Menschen von der Geburt bis zum Eintritt ins Berufsleben sind unterschiedlich ausgestaltet aufgrund von folgenden Unterschieden: Unterschiede bei angeborenen Fähigkeiten, unterschiedliche Möglichkeiten der Eltern, unterschiedliche Bildungs- und Ausbildungswege, Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, Schenkungen und Vererbung von ungleich verteiltem Vermögen

Vollständige Chancengleichheiten zu erzeugen wird sehr schwierig, dennoch stellt sich die Frage nach Möglichkeiten des staatlichen Handelns, um die Ungleichheit der Startchancen zu verringern.

Ungleich erbrachte Leistung (nicht jede/r leistet gleiches und gleich viel) ist anhand des Prinzips der **Leistungsgerechtigkeit**¹ eine weitere Quelle von Ungleichheit. Auch die **Bedarfsgerechtigkeit**² impliziert einerseits die Deckung des Bedarfs an öffentlichen Gütern durch die Subvention des Staates, andererseits gibt es die Deckung von privatem Bedarf (Haushaltsartikel, Ausgaben für allgemeine Lebensführung), für welchen individuell finanziell aufgekomen werden muss und die unterschiedlich teuer sind (Schupp 2010:12).

Je stärker jedoch die Verteilung der Einkommen aufgrund der Leistung der Gesellschaftsmitglieder ausgeprägt ist, desto schwieriger ist es, das Ziel der Bedarfsgerechtigkeit zu erfüllen. Umgekehrt beeinträchtigt eine weitreichende Umverteilung der Einkommen tendenziell die Leistungsgerechtigkeit (Schupp 2010:13).

¹ Leistungsgerechtigkeit ist ein Prinzip der gerechten Verteilung, nach welchem beispielsweise die Verteilung des Einkommens nach der Leistung der Gesellschaftsmitglieder erfolgt. Wie genau sich Leistung bemessen lässt, ist aber unklar.

² Bedarfsgerechtigkeit ist das Prinzip, wenn die Verteilung von Gütern oder Einkommen den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht resp. diese ausreichend deckt.

Das vierte Prinzip des Viereckes zu sozialer Gerechtigkeit ist die Generationengerechtigkeit. Generationengerechtigkeit bedeutet die Gerechtigkeit der Verteilung von Ressourcen und Lebensqualitäten unter den Generationen (vgl. wirtschaftundschule).

Als besondere Ausprägung der Ungleichheit gilt Armut. Armut bedeutet im Allgemeinen, dass jemand über so wenige Ressourcen verfügt, dass das physische und soziale Überleben gefährdet ist. Es handelt sich um eine Unterversorgung oder einen erschweren Zugang zu wichtigen Lebensbereichen wie Wohnen, Ernährung, Bildung, sozialen Kontakten usw. (vgl. Vimentis, 2017b). Wer wann als arm gilt, wird unterschiedlich definiert und ist von Land zu Land anders. Es gibt zwei Möglichkeiten, die Armutsgrenze festzulegen:

Bei der absoluten Armut wird die Armutsgrenze für alle Länder gleich festgelegt. Die Weltbank definiert Armut bei einem Einkommen unter einem Dollar pro Tag. Absolute Armut ist somit in Entwicklungsländern ein Thema. Gemäss dieser Definition gäbe es in der Schweiz keine armutsbetroffenen Personen.

Geläufiger bei uns ist die Festlegung der Armutsgrenze anhand des Durchschnittseinkommens. Anhand dieser relativen Armut liegt die Armutsgrenze bei 50% des inländischen Durchschnittseinkommens. Es gibt somit keine einheitliche Armutsdefinition. Armut und Verteilung hängen nicht zwingend zusammen. Die Verteilung in einem Land kann stabil sein, auch wenn es Armut gibt. Das bedeutet, dass das System zwar gut funktioniert, dennoch aber gezielte Hilfen nötig sind. Wenn Armut am prozentualen Anteil des Durchschnittseinkommens gemessen und festgemacht wird, dann gibt es auch Armut, wenn in absoluten Zahlen nicht davon gesprochen werden kann. Bei der Definition von Armut wird in der Schweiz meistens auf die Definition der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) zurückgegriffen. In Zahlen bedeutet dies, dass 2014 die Armutsgrenze bei 29'501 CHF pro Jahr liegt. Eine alleinlebende Person, die unter 29'501 CHF im Jahr zur Verfügung hat, gilt als arm. Somit sind 13.5% der Schweizer Bevölkerung, d.h. fast jede achte Person, von Armut bedroht (vgl. ebd.).

Brisant wird es vor allem, wenn jemand trotz Vollzeit-Job von der oben genannten Armut betroffen ist. Man spricht hierbei von „Working Poors“. Darunter fallen einzelne ArbeitnehmerInnen, welche ein Einkommen von weniger als 2200 Franken pro Monat haben oder ein Paar mit zwei Kindern, das weniger als 4650 Franken zur Verfügung hat (BFS 2013).

2.5 Wie kann man sich einen Überblick über die aktuelle Situation verschaffen?

Um sich einen Überblick über die Einkommens- und Vermögensverteilung und die damit verbundenen Ungleichheiten in der Schweiz zu verschaffen, gibt es verschiedene Methoden. Die Einkommensungleichheit wird anhand des Gini-Koeffizienten und des Quintil-Debilverhältnisses S80/S20 beschrieben.

Gini-Koeffizient: Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Mass um die Gleichheit (oder Ungleichheit) der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu berechnen und zwischen Ländern zu vergleichen. Der Gini-Koeffizient basiert auf dem Prinzip der Lorenzkurve, welche unten grafisch dargestellt wird. Bei einem Gini-Wert von 0 würden alle Menschen gleich viel Geld besitzen oder verdienen. Ein Gini-Wert von 1 hingegen bedeutet: eine Person verdient resp. besitzt alles, alle anderen gehen leer aus. Durch

verschiedene Datengrundlagen können sich jedoch unterschiedliche Ergebnisse ergeben. Darum muss der Gini-Koeffizient immer kritisch hinterfragt werden. Er ist weit verbreitet, jedoch reagiert er stark auf Ungleichheit in der Mitte, das heisst Unterschiede zwischen dem 49. und 51. Prozent werden stärker gewichtet als Unterschiede zwischen den ärmsten und dem reichsten Prozent (Wikipedia 2017).

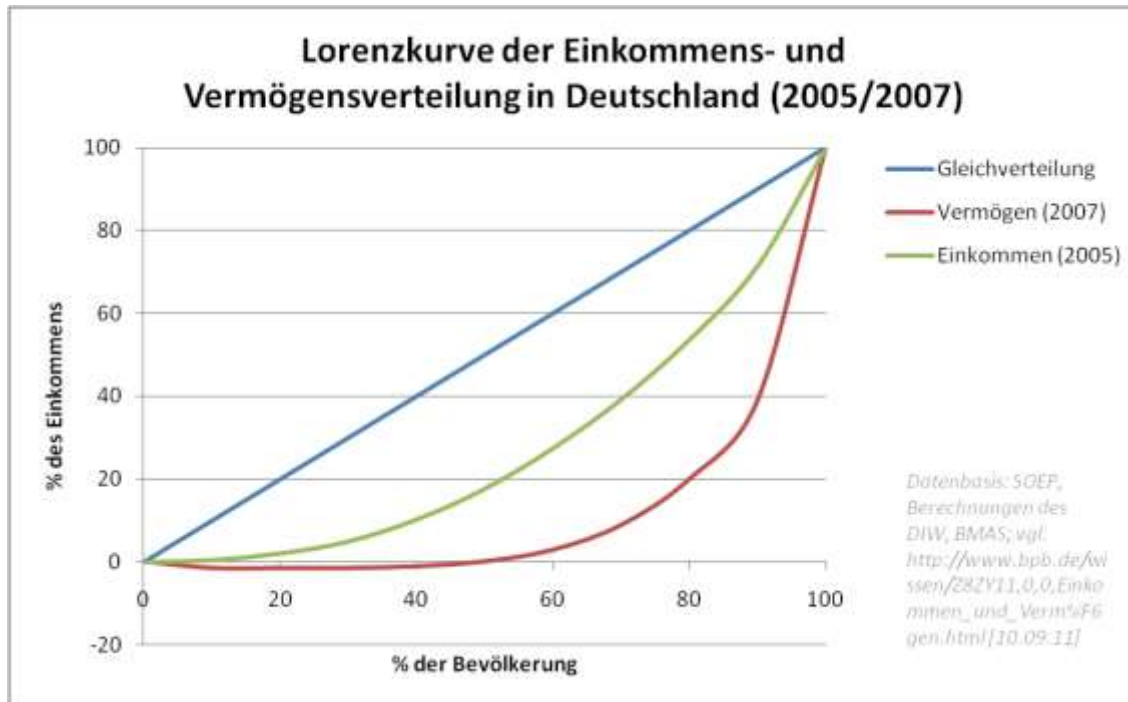


Abbildung 1: Beispiel für eine Lorenzkurve. (Quelle: Wikipedia)

Debil-/Quintilverhältnisse: Wegen den Schwächen des Gini-Koeffizienten wird oft mit dem Verhältnis bestimmter Einkommensgruppen gerechnet. Beim Verhältnis S80/S20 wird zum Beispiel der Anteil der obersten 20 Prozent ins Verhältnis zur den untersten 20 Prozent gesetzt (vgl. Bericht Bundesrat 2014: 33).

Die Verteilung von Einkommen kann mithilfe verschiedener Methoden und Daten gemessen werden. Es gibt keinen perfekten Weg, alle Methoden haben ihre Vor- und Nachteile.

- **Steuer- oder Sozialversicherungsstatistik**

Diese Quelle hat den Vorteil, dass sie die Angaben über jede/n BürgerIn in einem Land hat. Das Problem ist aber, dass zum Teil wie bei den Steuern nicht alle Einkommen (beispielsweise Nebeneinkünfte, Spesen) aufgenommen werden. Die Daten der Steuerstatistik beinhalten und erfassen weder die ganz tiefen Einkommen noch berücksichtigen sie die Veränderung der Haushaltsstrukturen.

- **Umfragen**

SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist die Erhebung über die Einkommens- und Lebensbedingungen in der Schweiz und wird jährlich einmal anhand einer telefonfonischen Umfrage durchgeführt. Die teilnehmenden Personen werden während mehreren aufeinanderfolgenden Jahren befragt. So können Veränderungen auch aufgenommen und neu gewertet werden (vgl. BFS, 2017).

3 Heutige Situation und aktuelle Zahlen

In der Schweiz: Vermögen

Wie die folgende Grafik zeigt, besass im Jahr 2012 das reichste Prozent der Steuerpflichtigen 41% aller steuerbaren Reinvermögen. Das entspricht 638 Milliarden Franken. Auf die untersten 90 Prozenten entfielen dagegen lediglich 26% aller Vermögen. Damit belegt die Schweiz punkto Vermögenskonzentration im internationalen Vergleich einen negativen Spitzenplatz (SGB, 2016).

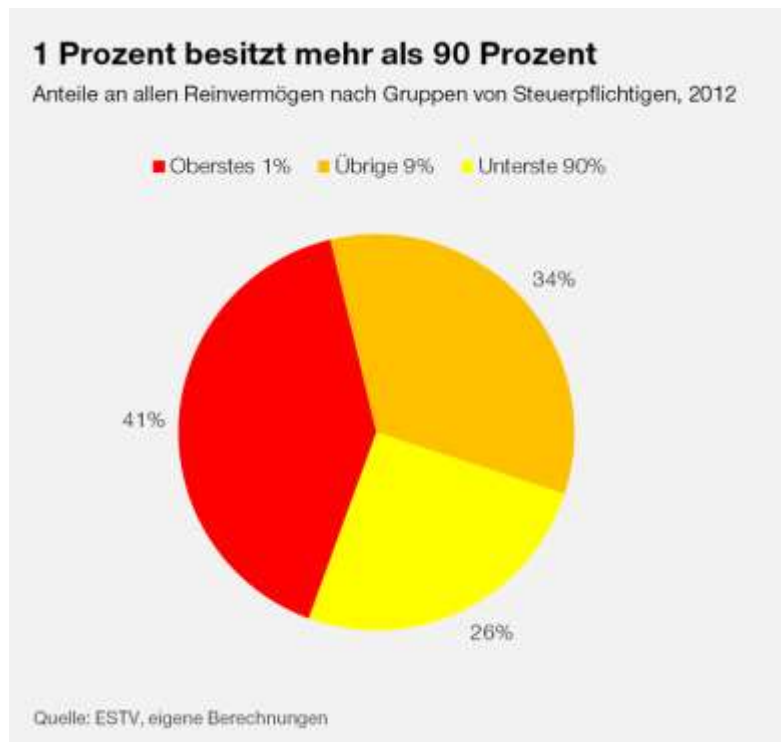


Abbildung 2: Anteile Reinvermögen nach Gruppen von Steuerpflichtigen (ESTV, 2012)

Es ist allerdings zu beachten, dass bestimmte Vermögen bei der Besteuerung nicht erfasst werden, beispielsweise der Hausrat oder Guthaben der 2. und der 3. Säule der Altersvorsorge (Pensionskassen und Private Altersvorsorge). Würden diese Vermögen einbezogen, ergäbe sich eine etwas weniger ungleiche Vermögensverteilung.

In der Schweiz: Einkommen

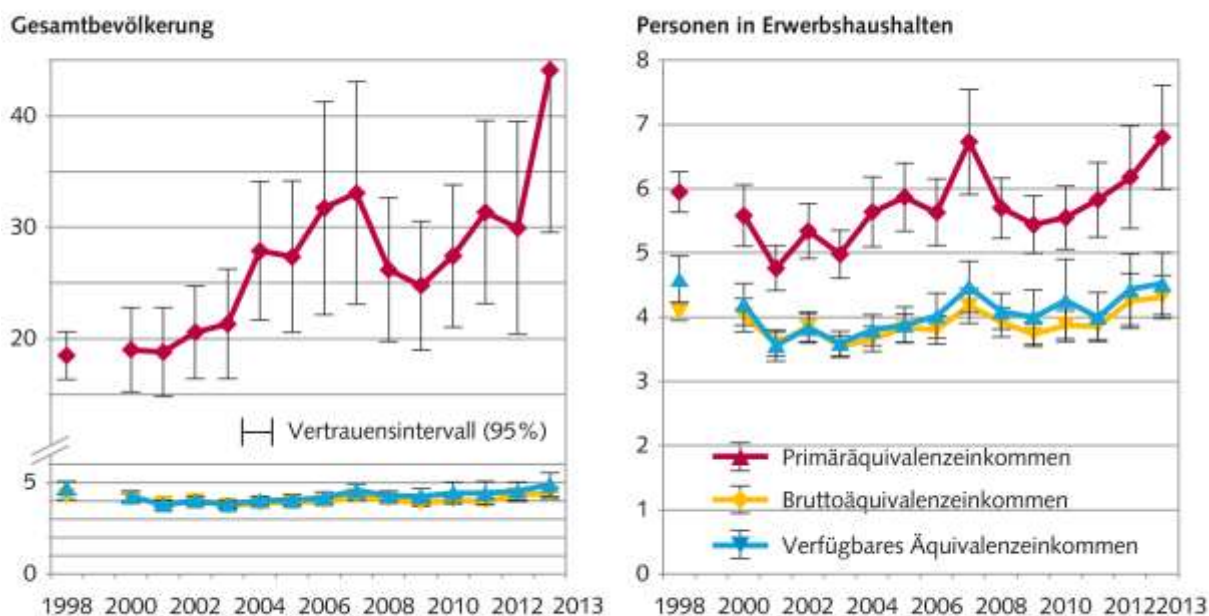
Im Jahr 2015 haben 10 Prozent der Personen in der Schweiz ein verfügbares Äquivalenzeinkommen von unter 27'006 Franken pro Jahr. Am anderen Ende der Verteilung stehen jene 10 Prozent der Personen in der Schweiz, die ein verfügbares Äquivalenzeinkommen von über 91'131 Franken pro Jahr aufweisen. Der Median zeigt, dass die Hälfte der in der Schweiz wohnhaften Personen ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 50'121 Franken pro Jahr aufweist (BFS, 2015).

In der Schweiz: Lohn

Beim Einkommen sind die Unterschiede zwischen dem untersten und dem höchsten Lohn weniger gross als beim Vermögen. In der Schweiz betrug im 2014 der Bruttomedianlohn³ 6118 Fr. im Monat (BFS, 2015).

Ein Grossteil der Löhne befindet sich um den Medianlohn. Zwischen 2008 und 2014 schloss sich die allgemeine Lohnschere, d.h. der Gesamtabstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen wurde geringer und zwar vom Faktor 2,8 auf 2,6. Im gleichen Zeitraum stiegen die Saläre der zehn am besten bezahlten Prozente der Personen um 3,6%. In der Mittelklasse belief sich das Lohnwachstum auf 6,8%, während sich die Löhne bei den 10 am tiefsten entlöhnten Prozent der Arbeitnehmenden um 9,1% stiegen. Über diese letzten sechs Jahre war somit ein Rückgang des Lohnunterschieds bei der allgemeinen Lohnpyramide festzustellen (BFS, 2015)

Entwicklung des Quintilverhältnisses (S80/S20)



Der Einkommensanteil der oberen und unteren 20% der Bevölkerung wird hier anhand der Mittelwerte und nicht der Summen verglichen; negative Einkommen wurden in den Berechnungen berücksichtigt.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE), Stand November 2016

© BFS, Neuchâtel 2016

Abbildung 3: Entwicklung des Quintilverhältnisses (BFS, 2016)

Die Abbildung zeigt im Vergleich zum verfügbaren Einkommen eine ungleichere Verteilung des Primäreinkommens in der Gesamtbevölkerung. Das Primäreinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist zwischen 19 und 33 mal so hoch wie dasjenige des ärmsten Fünftels. Hingegen sind die Unterschiede beim verfügbaren Einkommen nur zwischen 3,8 bis 4.7 mal so hoch (Bericht Bundesrat 2014: 34).

³ Der Bruttomedianlohn ist der Wert, der, wenn alle Bruttolöhne aufsteigend geordnet werden, genau in der Mitte liegt. Die Hälfte der Arbeitnehmenden verdient mehr, die andere weniger als dieser Wert

Das Quintilverhältnis S 80/20 aber auch Angaben aus dem Gini-Koeffizienten lassen eine Ungleichheitsreduktion von den Primäreinkommen (Einkommen durch Erwerbstätigkeit oder Vermögen) zu den verfügbaren Einkommen (Einkommen nach staatlichem Transfer, also Steuerausgaben etc.) erkennen. Die Reduktion der Ungleichheit ist in den Erwerbshaushalten geringer, da dort das Primäreinkommen weniger ungleich verteilt ist als in der Gesamtbevölkerung, welche auch Rentnerhaushalte beinhaltet. Dies lässt sich damit erklären, dass für Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zu Erwerbstätigen die staatlichen Transferleistungen (AHV/IV, berufliche Vorsorge) von grösserer Relevanz sind. Dass in der Grafik bei der Gesamtbevölkerung das Primäreinkommen ungleicher verteilt ist resultiert aus einem im Vergleich zu den Erwerbshaushalten grösseren Anteil an Haushalten ohne Erwerbseinkommen (ebd. 2014: 37).

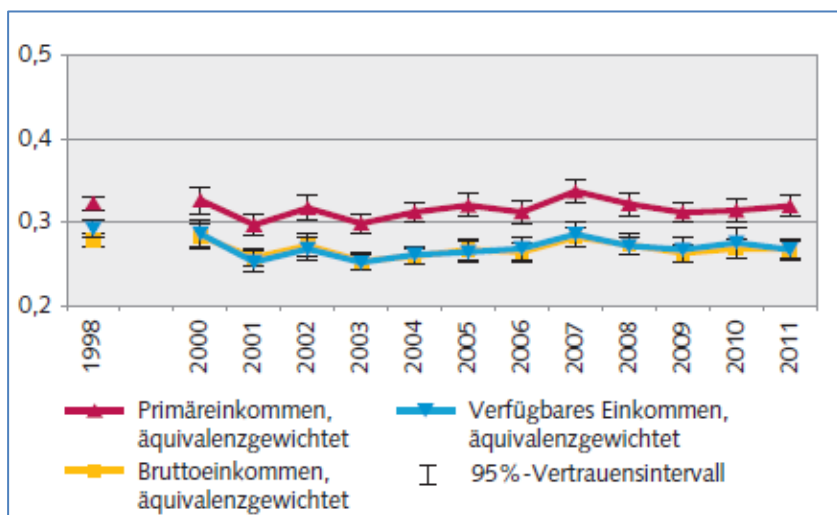


Abbildung 4: Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Personen in Erwerbshaushalten (BFS, 2014) Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

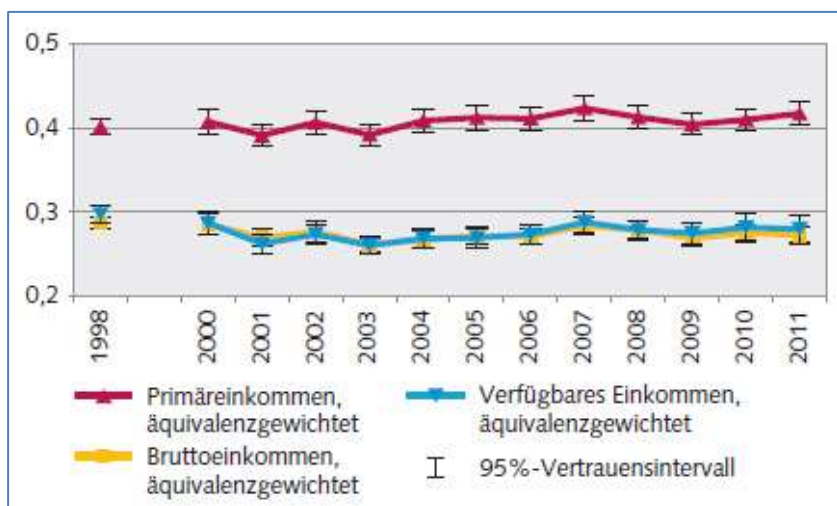


Abbildung 5: Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung (BFS, 2014) Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

Gini-Koeffizient und Quintilverhältnis S80/20 zeigen im oben betrachteten Zeitraum keine grosse Variation der Ungleichheit. Bis 2001 ist eine leichte Abnahme der Ungleichheit zu entnehmen, in den Jahren 2003 und 2007 eine leichte Zunahme. Der tendenzielle Anstieg der Ungleichheit in den Primäreinkommen 2003 und 2007 geht vor

allem auf die Zunahme der Ungleichheit in den unteren Einkommensbereichen zurück. Diese konnte mit staatlicher Umverteilung, d.h. vor allem Sozialleistungen, weitgehend kompensiert werden.

Änderungen auf dem Arbeitsmarkt führen zu Veränderungen in der Einkommensverteilung. Wenn die Möglichkeit zur Einkommensgenerierung verändert wird (Arbeitslosigkeit, anderes Arbeitsmodell), beeinflusst dies die Zusammensetzung von Primär- und verfügbarem Einkommen. Vor allem die Transferleistungen der Arbeitslosenversicherungen führen zu Veränderungen im Primäreinkommen und im verfügbaren Einkommen. Die Steuern haben einen eher mindernden Einfluss auf die Ungleichheit, jedenfalls wenn man den Übergang vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen betrachtet (vgl. ebd. 2014: 38).

Schaut man auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit in den vergangenen 50 Jahren zurück, erkennt man anhand des Gini-Indexes, dass die Ungleichheit in der Nachkriegszeit zugenommen hat. In den 1970ern und 90er Jahren hat die Ungleichheit wieder abgenommen. Dies hängt mit dem Ausbau des Sozialstaates zusammen (Ausbau AHV, Einführung der Arbeitslosenversicherung). In Krisenzeiten der 90er Jahren wurden Sozialleistungen stärker in Anspruch genommen. Interessanterweise nahm in den Krisenzeiten die Ungleichheit jeweils eher ab. Dies liegt an der sozialen Absicherung von tieferen und mittleren Einkommen während einer Krise und an den vorübergehenden Reduktionen der Vermögenseinkünfte im oberen Einkommensbereich. Nach wirtschaftlichen Krisen nahm die Ungleichheit wieder zu, möglicherweise ausgelöst durch Strukturwandel und Arbeitslosigkeit. Analysen von Steuerdaten zeigen, dass die Ungleichheit seit den 90er Jahren zugenommen hat (vgl. Fluder, Hümbelin, Jann 2015: 194f).

International

Der Reichtum ist weltweit ungleich verteilt. So besass 2016 ein Prozent der weltweit reichsten Menschen mehr als der gesamte Rest der Welt. Auf der anderen Seite besaßen die ärmeren 50% der Weltbevölkerung nur einen Bruchteil von einem Prozent (0,16%) vom weltweiten Vermögen (SRF, 2016).

Für den internationalen Vergleich werden Daten aus der Erhebung der EU-SILC verwendet. Über 130 000 Haushalte und 270 000 Personen nehmen jeweils bei der Erhebung teil. In der Schweiz war 2015 gemäss der Erhebung SILC anhand des Quintilverhältnisses die Summe der Einkommen des reichsten Fünftels 4.5mal so hoch wie jenes des ärmsten Fünftels. In Europa variieren diese Verhältnisse zwischen 3.2 und 9. Das Quintilverhältnis in Österreich war 2015 4.0, in Deutschland 4.8 und in Italien 5.8. Die grössten Einkommensungleichheiten sind in Serbien, Türkei, Litauen, Spanien und Bulgarien zu finden. Die Unterschiede in den Niederlanden, Slowenien, Finnland, Schweden, Island, Norwegen und Tschechien sind am geringsten. Die Tendenzen der Ungleichheiten sind weiterhin steigend (Bericht Bundesrat 2014: 41)

Eine von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD veröffentlichte Darstellung zeigt einen Vergleich des Gini-Koeffizienten des verfügbaren Einkommens zwischen 2007 und 2014 (OECD 2016).

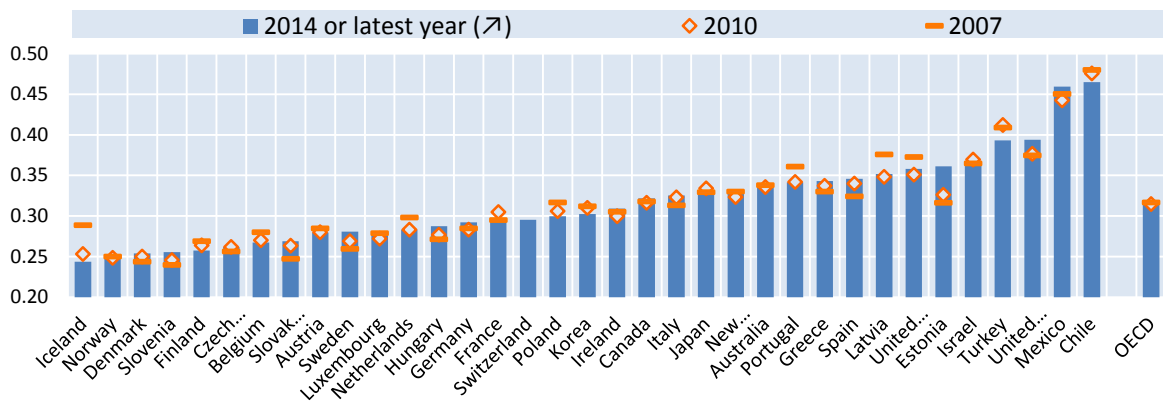


Abbildung 6: Gini coefficient on disposable income inequality in 2014 (or latest year), 2010 and 2007, total population (OECD 2016)

Die wirtschaftlichen Veränderungen der vergangenen zehn Jahren führte zu Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt und schlussendlich auch zu höheren Einkommensungleichheiten. Diese blieben in den letzten Jahren in vielen Ländern rekordhoch bestehen, obwohl die durch die wirtschaftliche Krise erzeugte vermehrte Arbeitslosigkeit gesunken ist. Dennoch ist in einigen Ländern die Arbeitslosenquote immer noch sehr hoch.

Für das Jahr 2014 ergab das Verhältnis S80/S20 (wie die unten ersichtliche Grafik zeigt), dass in der Schweiz die Einkommen der reichsten 20% 4,4-mal so hoch war wie das der ärmsten 20%. In den Nachbarländern der Schweiz belief sich das Verhältnis S80/S20 auf 4.1 (Österreich), 5.1 (Deutschland), 4.3 (Frankreich) und auf 5.8 (Italien). (BFS, 2016a)

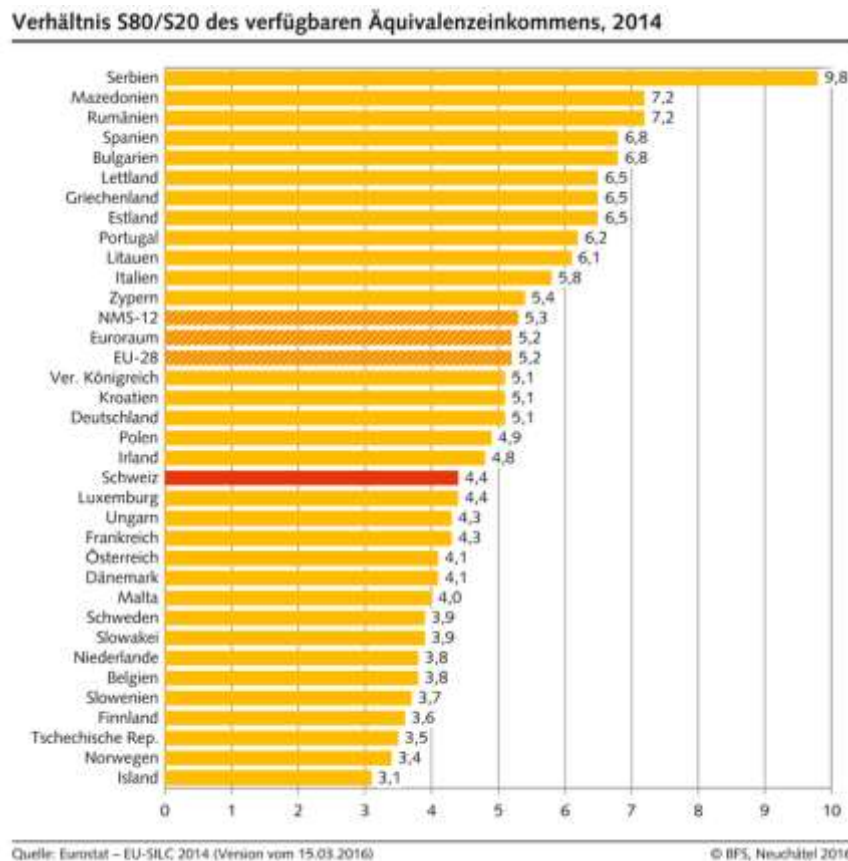


Abbildung 7: Verhältnis S80/S20 des verfügbaren Äquivalenzeinkommens (2014) (BFS, 2016)

Die OECD warnt 2017 vor einer enormen Einkommensungleichheit in ihren Mitgliedsstaaten. Durch die Einkommensungleichheit werde der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet. Gemäss Daten der OECD sind die Unterschiede auf dem höchsten Niveau seit 50 Jahren. Das durchschnittlich verfügbare Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung aus OECD-Staaten ist auf über das Neunfache des Einkommens der ärmsten zehn Prozent gestiegen. Vor 25 Jahren war es noch siebenmal so hoch. Desweiteren warnt die OECD vor einer Beschäftigungspolarisierung. Immer weniger Menschen arbeiten in Jobs für Mittelqualifizierte und mit mittlerem Lohn, währenddessen der Anteil an Arbeitskräften für hoch und gering qualifizierte Arbeitskräfte ansteigt. Als Ursache wird der technologische Wandel genannt (Die Zeit, 2017).

4 Lohngleichheit bei Mann und Frau

Bundesverfassung: Artikel 8 Absatz 3

"Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit."

Der durchschnittliche Unterschied zwischen den Löhnen von Frauen und Männern beträgt 12.5% (siehe Abb. 3). Dieser Unterschied hat sich seit 2006 um 3.9% verringert. Ein Teil dieser Lohnunterschiede lässt sich durch Faktoren wie weniger hohes Ausbildungsniveau, mehr Teilzeitstellen und verschiedene Berufsbranchen erklären. Der nicht erklärbare Teil dieser Unterschiede nennt man Lohndiskriminierung und dieser macht 39.1% des Lohnunterschieds aus. Das bedeutet, dass Frauen, die gleich qualifiziert sind wie Männer, für dieselbe Stelle schlechter bezahlt werden (BFS, 2016b).

Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern



¹ Basis: Monatlicher Bruttolohn der Männer, Median

Quelle: BFS – Schweizerische Lohnstrukturerhebung

© BFS, Neuchâtel 2016

Abbildung 8: Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern (2006-2014) (BFS, 2016)

Zu dieser Thematik wurde bereits 2014 eine Petition von der Eidgenössischen Jugendsession erarbeitet.

Thema: Gleichstellung der Geschlechter**Inhalt:**

“Wir fordern vom Bundesrat, zusätzlich zu den angedachten Kontrollen für Unternehmen, betreffend der Lohngleichheit, die Schaffung einer Instanz zur möglichen Sanktionierung von Verstössen.“

Begründung

Seit 33 Jahren ist in der Schweizer Bundesverfassung das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit manifestiert. Trotzdem sind noch heute deutliche Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau auszumachen. Durchschnittlich ist die Differenz zwischen Mann und Frau 23.6%. Davon sind 8.7% direkte Lohndiskriminierung und können nicht durch andere Faktoren begründet werden. Diese Umstände kann man nicht länger hinnehmen. Zusätzlich zum angedachten Gesetzesentwurf vom Bundesrat, in dem Kontrollen vorgesehen sind, verlangen wir die Schaffung einer Instanz mit der Kompetenz, Sanktionen zu verhängen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Lohngleichstellung ohne Sanktionen nicht erreicht werden kann.

5 Politische Vorstösse

Es gab in den letzten Jahren verschiedene Vorstösse, welche die Rolle des Staates hinsichtlich der Vermögensverteilung zu verändern aufriefen. Alle bisherigen zur Abstimmung gekommenen Vorstösse wurden jedoch vom Volk abgelehnt.

1:12

Die 1:12 Initiative wurde 2012 von den Jungsozialisten Schweiz initiiert und verlangte, dass in jedem Betrieb ein Lohnverhältnis von maximal 1:12 vorliegen muss. Konkret bedeutet dies, dass niemand in einem Jahr weniger verdienen darf als der bestbezahlte Angestellte im gleichen Unternehmen in einem Monat.

Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die Alternative Linke reichte 2012 eine Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ein. Die Pauschalbesteuerung ist eine besondere Besteuerungsform, welche nur bestimmten Personen in der Schweiz gewährt wird. Erstens darf man nicht innerhalb der Schweiz arbeiten, zweitens muss man die ausländische Staatsbürgerschaft haben (oder Personen, die nach mindestens zehnjähriger Landesabwesenheit steuerrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz einnehmen) und drittens in gewissen Kantonen ein Mindestvermögen besitzen. Wie der Name sagt, hat diese Person dann die Möglichkeit über mehrere Jahre nach einem fixen resp. pauschalen Betrag besteuert zu werden, der sich nach dem angenommenen Lebensunterhalt in der Höhe vom Fünffachen des Mietwertes (entspricht dem Betrag, den der/die MieterIn bezahlen müsste oder die/der Eigentümer einnehmen würde) bemisst. Mehrere Kantone haben in den letzten Jahren die Pauschalbesteuerung abgeschafft oder verschärft, ebenso der Bund.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine parteiunabhängige Gruppe reichte 2013 die Initiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ ein. Sie wollte damit erreichen, dass jede Person unabhängig davon wer sie ist oder was sie macht ein Grundeinkommen erhält. Die Initianten schlugen einen Ansatz von 2500 CHF pro erwachsene Person und 625 CHF pro Kind vor.

Mindestlohninitiative

Bei der 2014 durch die Gewerkschaften und die SP zustande gekommenen Initiative ging es darum, dass jeder und jede Erwerbstätige in einem Angestelltenverhältnis in der Schweiz einen Mindeststundenlohn von 22 Fr. erhalten sollte.

99% Initiative

Die von den JUSO 2016 lancierte Initiative verlangt, dass die Kapitaleinkommen (Dividenden, Mieteinnahmen, Zinsen etc.) stärker besteuert werden. Der Initiativtext ist zum jetzigen Stand (Juni 2017) noch nicht bekannt.

6 Positionen

6.1 Avenir Suisse

Die Avenir Suisse ist eine Denkfabrik (sog. Think Tank)⁴ mit liberaler Ausrichtung, die sich für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft der Schweiz einsetzt. Folgender Text ist ein Zitat aus einem Blogbeitrag aus dem Jahr 2013 und soll die Position von Avenir Suisse in diesem Thema zeigen (Avenir Suisse, 2013)

„Die Löhne von vollzeitlich angestellten Arbeitnehmern – und damit in erster Näherung auch die Stundenlöhne – sind in keinem OECD-Land (und wahrscheinlich in keinem anderen Land der Welt) so gleichmässig verteilt wie in der Schweiz. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0.24 steht die Schweiz in dieser Hinsicht sogar «besser» da als die skandinavischen Staaten, die als sehr egalitär gelten. Am anderen Ende der Verteilungsranliste stehen die angelsächsischen Länder, zusammen mit Portugal, Polen und Israel. Die Nachbarn der Schweiz gruppieren sich wie die meisten europäischen Länder um den OECD-Mittelwert des Gini-Koeffizienten von 0.33.

Der Gini-Koeffizient ist zwar das am meisten verbreitete Verteilungsmass, als blosser Zahl vermittelt er uns aber keine greifbare Vorstellung über das Ausmass der Ungleichheit. Das folgende Gedankenexperiment kann weiterhelfen: Wirft man alle Schweizer Vollzeitverträge in eine grosse Trommel und zieht daraus viele Male und zufällig jeweils zwei Stellen, so unterscheiden sich deren Löhne im Durchschnitt um 48%. In Norwegen wird dieser Wert auf 60% zu liegen kommen, in Deutschland auf 64% und in den USA auf 86%.

Ein Hauptgrund für die sehr gleichmässige Verteilung der Schweizer Vollzeidlöhne dürfte in der starken Stellung der dualen Berufsbildung liegen. Die Berufslehre betont die Ausbildung mittlerer Qualifikationen und sorgt gleichzeitig dafür, dass der Anteil der Menschen ohne nachobligatorische Bildung mit etwas mehr als 5% sehr tief bleibt. Der Anteil der Tieflohnbezüger ist damit glücklicherweise bescheiden. Ebenso zentral ist aber die Erkenntnis, dass ein liberales Arbeitsrecht und eine flexible Lohnbildung nicht automatisch zu hoher Ungleichheit führen.

Mit einem Gini-Koeffizienten von 0.49 sind die Lohneinkommen in der erwerbsfähigen Bevölkerung (zwischen 25 und 64 Jahren) der Schweiz ungleicher verteilt als die Vollzeiteinkommen. Das ist zwar auch in allen Ländern der Fall, weil ein Teil der Bevölkerung dem Arbeitsmarkt fern bleibt, nur teilzeitlich beschäftigt ist oder unter Arbeitslosigkeit leidet. Trotzdem verschlechtert sich die relative Position der Schweiz, wenn man die Löhne aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untersucht und nicht nur jene der Vollzeitangestellten. Immerhin bleibt sie auch in dieser Hinsicht klar unter dem OECD-Durchschnitt, der bei einem Gini-Koeffizienten von 0.55 liegt.“

⁴ Institute die durch Erforschung, Entwicklung und Bewerbung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konzepten und Strategien Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen.

6.2 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist die grösste Arbeitnehmerorganisation der Schweiz. In ihm sind 16 Einzelgewerkschaften zusammengeschlossen, die insgesamt rund 380'000 Mitglieder vertreten.

Hier wird ein Ausschnitt aus dem Verteilungsbericht 2016 zitiert und soll die Position vom SGB in diesem Thema zeigen (SGB 2017).

„Seit den 1990er Jahren ist in der Schweiz eine Einkommens- und Vermögensschere aufgegangen. Daran hat sich leider in jüngster Zeit nichts Wesentliches geändert. Die Lohn- und Einkommensschere ist nach wie vor weit offen. Die Steuer- und Abgabepolitik hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Topverdiener haben von Steuersenkungen profitiert, während die tiefen und mittleren Einkommen vor allem durch die Kopfprämien bei den Krankenkassen zusätzlich belastet wurden. Dazu kommen steigende Mieten.

Seit den 1990er-Jahren haben vor allem die Topverdiener von Lohnerhöhungen profitiert. Die Löhne des bestbezahlten Prozents sind seither um 43 Prozent gestiegen. Die Lohnschere hat sich stark geöffnet. Seit der Finanzkrise hat sich das Lohnwachstum bei den obersten Lohnstufen etwas abgeflacht. Die mittleren und insbesondere die tiefen Löhne konnten leicht aufholen. Die Lohnunterschiede bleiben aber sehr gross.

Positiv ist, dass die unteren Löhne nicht abgehängt wurden und in den letzten vier Jahren sogar am stärksten gestiegen sind. Dies im Gegensatz zur Entwicklung in den USA oder in Deutschland. Dank den gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagnen konnten in den letzten 15 Jahren im Tieflohnbereich beachtliche Fortschritte erzielt werden.

Das einkommensstärkste Prozent der Schweizer Steuerpflichtigen (Löhne, Vermögenseinkommen, Renten usw.) erhält heute fast 11 Prozent des Brutto-Gesamteinkommens – gegenüber rund 9 Prozent in den 1980er Jahren. Der starke Anstieg vor der Finanzkrise hat sich in den letzten Jahren zwar etwas abgeflacht, aber die Unterschiede zwischen den Einkommensklassen (vor Steuern und Abgaben) bleiben gross.

Die Konzentration der Vermögen hat sich weiter verschärft und ist bereits wieder auf dem Niveau vor der Finanzkrise. Die 2.1 Prozent Reichsten besitzen in der Schweiz gleich viel wie die restlichen 97.9 Prozent. Die Schweiz ist damit international auf einem traurigen Spitzenplatz. Die Steuer- und Abgabepolitik hat die Einkommensschere sogar noch weiter aufgehen lassen. Zwischen 2000 und 2014 wurden die Steuern vor allem für hohe und höchste Einkommen gesenkt. Während eine Person mit mittlerem Lohn heute ein knappes Lohnprozent weniger Steuern bezahlt als im Jahr 2000, profitierten die Topverdiener von einer Senkung von knapp 37 auf 32 Prozent (Steuerbelastung in Prozent des Lohnes). In jüngster Zeit stiegen die Einkommenssteuern für mittlere Löhne sogar wieder leicht an.“

7 Fazit

Die vielen politischen Vorstösse zu diesem Thema zeigen, dass es in der Gesellschaft ein weiterhin kontrovers diskutiertes Thema ist. Obwohl die Löhne in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern recht gleichmässig verteilt und die Lohnunterschiede allgemein zurückgegangen sind, existieren noch immer Ungleichheiten – wie beispielsweise zwischen Mann und Frau. Auch die Konzentration der Vermögen in der Schweiz hat sich weiter verschärft – Tendenz steigend. Wie kann man diese Ungleichheiten verbessern? Welche Lösungsansätze gibt es und welche Rolle hat dabei der Staat?

8 Weitere Informationen

Dieses Dossier soll zwar die wichtigsten Informationen zum Thema Einkommens- und Vermögensgleichheit beinhalten und die Teilnehmenden der Eidgenössischen Jugendsession zu ersten Ideen für ihre eigene Forderung inspirieren. Trotzdem ist es unerlässlich, eigene Recherchen zum Thema anzustellen. Folgende Links können dabei nützlich sein:

Avenir Suisse:

<http://www.avenir-suisse.ch/wp>

Bundesamt für Statistik:

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/einkommen-verbrauch-vermoegen.html>

Eidgenössische Steuerverwaltung:

<http://www.estv.admin.ch/>

SGB:

<http://www.verteilungsbericht.ch/>

Parlamentarische Vorstösse:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista>

OECD:

<https://www.compareyourcountry.org/inequality?lg=de>

<https://data.oecd.org/jobs.htm#profile-Earnings%20and%20wages>

<https://data.oecd.org/society.htm#profile-Inequality>

99% Initiative:

<https://99prozent.ch/>

Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data/database>

9 Quellen

Avenir Suisse (2013)

Die Schweizer Löhne sind sehr gleichmässig verteilt / Patrik Schellenbauer
<https://www.avenir-suisse.ch/die-schweizer-loehne-sind-sehr-gleichmassig-verteilt/> [abgerufen 19.06.2017]

Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 10.4046 von Jacqueline Fehr vom 07.12.2010, 27.08.2014

<http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/36247.pdf> [abgerufen 04.09.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2012)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/alle-indikatoren/wirtschaft/einkommensverteilung.assetdetail.347676.html> [abgerufen 04.09.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2013)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/subjektives-wohlbefinden-und-lebensbedingungen/subjektive-einschaetzung-lebensbedingungen.assetdetail.215811.html> [abgerufen 25.08.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2015a)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten.assetdetail.39777.html> [abgerufen 19.06.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2015b)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/wohlbefinden-armut/ungleichheit-einkommensverteilung/einkommensverteilung.html> [abgerufen 26.9.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2016a)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten/loohniveau-schweiz/loohnunterschied.html> [abgerufen 19.06.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2016b)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung.assetdetail.330196.html> [abgerufen 19.06.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2017a)

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/03/blank/key/02/06.html> [abgerufen 19.06.2017]

BFS, Bundesamt für Statistik (2017b)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/erhebungen/silc.html> [abgerufen 19.06.2017]

Comparis (2017)

https://www.comparis.ch/saeule-3a/info/glossar/saeule_3a [abgerufen 10.09.2017]

Fluder, Hümbelin, Jann (2015):

in Denknetz Jahrbuch 2015: Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in der Schweiz
https://www.soziale-arbeit.bfh.ch/fileadmin/wgs_upload/soziale_arbeit/newsletter/1-2016/jahrbuch_denknetz_2015.pdf [abgerufen 04.09.2017]

Frankfurter Allgemeine (2016):

Wie viele Ungleichheit wollen wir? Blogbeitrag von Patrick Bernau, Redaktor für Wirtschaft online.
<http://blogs.faz.net/fazit/2016/02/01/wie-viel-ungleichheit-wollen-wir-2-7285/> [abgerufen 26.09.2017]

Jugendsession, Eidgenössische Jugendsession (2014)

<http://www.jugendsession.ch/de/die-jugendsession/frueher/jugendsession-2014/forderungen-und-resultate2014/> [abgerufen 19.06.2017]

Juraforum (2017)

<http://www.juraforum.de/lexikon/vermoegen> [abgerufen 10.09.2017]

OECD (2016)

Income equality remains high in the face of weak recovery

<https://www.oecd.org/social/OECD2016-Income-Inequality-Update.pdf> [abgerufen 05.09.2017]

Schupp Jürgen (2010)

Aspekte sozialer Ungleichheit in Deutschland. in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (Lucius & Lucius, Stuttgart), Jg.50 (2010), Heft 1, S.6-22

SGB – Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2017)

http://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/117df_DL-KS_Verteilungsbericht_2016-internet.pdf
[abgerufen 19.06.2017]

CH.CH (2017a)

<https://www.ch.ch/de/saulen-vorsorge/> [Abgerufen 07.07.2017]

CH.CH (2017b)

<https://www.ch.ch/de/dritte-saule/> [Abgerufen 07.07.2017]

Wirtschaft und Schule (2017)

<http://www.wirtschaftundschule.de/lehrerservice/wirtschaftslexikon/g/generationengerechtigkeit>
[abgerufen 05.09.2017]

Socialinfo

<http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=690> [abgerufen 05.09.2017]

SKOS (2007) – Steuern - Transfer und Einkommen in der Schweiz

https://www.skos.ch/fileadmin/_migrated/content_uploads/2007_Steuern_Transfers_Einkommen_Zusammenfassung_korr.pdf

SRF

<https://www.srf.ch/news/international/acht-maenner-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-welt>
[abgerufen 25.09.2017]

Vimentis (2017a)

<https://www.vimentis.ch/d/lexikon/78/Progressive+Steuer.html>

Vimentis (2017b)

<https://www.vimentis.ch/d/lexikon/144/Armut.html> [abgerufen 05.09.2017]

Die Zeit

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-06/oecd-einkommensgefuelle-ungleichheit-gesellschaft-spaltung>
www.zeit.de [abgerufen am 05.09.2017]

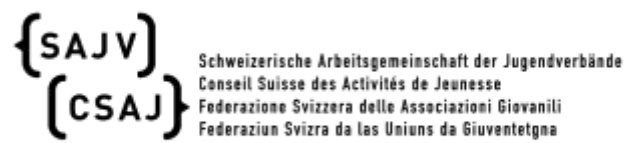
Wikipedia

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient> [abgerufen am 27.09.2017]

Wirtschaftslexikon

vgl.<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/einkommen.html> [abgerufen am 10.09.2017]

SAJV | Projektleitung Jugendsession
projektleitung@jugendsession.ch
www.jugendsession.ch



Dieses Thema wurde erarbeitet mit Unterstützung von Avenir Suisse